

Anzeige



NZZ Online

Donnerstag, 09. Oktober 2008, 10:50:03 Uhr, NZZ Online

Nachrichten > Schweiz

9. Oktober 2008, Neue Zürcher Zeitung

Schweiz droht mit Ausstieg aus Ilisu-Projekt

Warnbriefe an türkische Regierung auch aus Berlin und Wien

Die Schweiz, Deutschland und Österreich wollen die Exportrisikogarantie für den Bau des Ilisu-Staudamms zurückziehen, wenn die Türkei nicht binnen 60 Tagen die vereinbarten Auflagen erfüllt.

sig. Die Schweizerische Exportrisikoversicherung hat zusammen mit den entsprechenden Behörden in Deutschland und Österreich einen Warnbrief nach Ankara geschickt. Die Türkei müsse innerhalb von 60 Tagen nachweisen, dass das Land die rund 150 vereinbarten Auflagen zum Bau des Ilisu-Staudamms erfüllen könne. Die Abmahnung der drei Staaten basiert auf einem Gutachten einer unabhängigen Expertenkommission. Kritisiert wird insbesondere, dass die Bauplanung schon weit fortgeschritten ist, während die Massnahmen zugunsten der Bevölkerung und der Natur vernachlässigt werden.

Für den Bund ist alles offen

Das Ilisu-Projekt sieht eine 135 Meter hohe Staumauer vor, die den Tigris auf einer Breite von 1,8 Kilometern stauen würde. Dabei würde unter anderem die historische Stadt Hasankeyf überflutet. Die zuständigen Ministerien in Bern, Berlin und Wien knüpften deshalb die Exportrisikoversicherung für ihre beteiligten Firmen an strenge Auflagen bezüglich Umsiedlung, Umwelt oder Kulturgüterschutz. Seitens der Schweiz sind Alstom, Colenco, Maggia und Stucky mit insgesamt 225 Millionen Franken engagiert. Insgesamt werden die Kosten für das Projekt in der Südosttürkei mit 1,1 Milliarden Euro beziffert.

Die ausgesprochene Verwarnung ist nicht zwingend die allerletzte Chance, wie Sonja Kohler, die Mediensprecherin der Schweizerischen Exportrisikoversicherung, ausführt. Der 2006 abgeschlossene Vertrag sehe weitere Verfahrensschritte nach Ablauf der zweimonatigen Frist vor. Von einem Rückzug der sogenannten Umweltstörungsanzeige der drei Länder bis zu einer Suspendierung der Exportversicherungen ist aus diesem Grund alles möglich. Laut Kohler stehen das Projekt und die schweizerische Beteiligung daher noch nicht vor dem Ende; es sei vielmehr durchaus noch möglich, dass das Projekt auf der Basis der internationalen Standards verwirklicht werde.

Vorfreude bei den NGO

Das sehen die Nichtregierungsorganisationen, die das Ilisu-Projekt bekämpfen, anders. Die österreichische ECA Watch begrüsst die

60-Tage-Frist in einer Stellungnahme als einen «Einstieg in den Ausstieg». Für die Erklärung von Bern (EvB) ist ausgeschlossen, dass die Bauherrschaft innerhalb von zwei Monaten umsetzen könne, was zwei Jahre lang ignoriert worden sei. Dazu gehöre auch, bei den geplanten Umsiedlungen von einer realistischen Anzahl Personen auszugehen, sagt Christine Eberlein, Mediensprecherin der EvB. Die türkische Regierung richte sich auf rund 12 000 Personen aus, tatsächlich seien es aber 60 000.

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:

http://www.nzz.ch/nachrichten/schweiz/schweiz_droht_mit_ausstieg_aus_ilisu-projekt_1.1068517.html

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG

Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigung oder Wiederveröffentlichung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von NZZ Online ist nicht gestattet.
